

M

Massenfundgebung der Bauern Niederösterreichs. Gegen die Diktaturpläne der Wiener Hebräer.

Am Peter- und Paulstage fand in Wien eine machtvolle Kundgebung der niederösterreichischen Bauernschaft, veranstaltet vom Niederösterreichischen Bauernbunde, statt. In den Versammlungen wurde Stellung genommen zu den wirtschaftlichen Fragen, mit besonderem Nachdrucke aber richtete sich die Kundgebung gegen die in Wien von jüdischen Hebräern unausgesetzt betriebenen Wählerereien für die Ausrufung einer sogenannten „Räte-diktatur“, deren erstes Ergebnis die völlige Isolierung Wiens wäre.

Den Versammlungen wohnten die Staatssekretäre Stöckler und Zerdil, die Unterstaatssekretäre Millas und Dr. Waiz, die Nationalräte Gruber, Divald, Grim, Buchinger, Dr. Buresch, Eisenhut, Höchtl, Dersch, Weigl und Dr. Wagner, die Landesräte Fasel und Zwegbacher, Präsident des niederösterreichischen Landeskulturrates List und sämtliche auf das Programm des Niederösterreichischen Bauernbundes gewählten Landtagsabgeordneten Niederösterreichs, die Mitglieder der Orts- und Bezirksbauernräte aus allen Gegenden Niederösterreichs bei.

Die Tagung war auch besetzt von Delegierten der Landeshauerräte der übrigen Länder Deutschösterreichs. Diese brachten in ihren Begrüßungsansprüchen ihre Interessenolidarität mit den niederösterreichischen Bauern zum Ausdruck und es zeigte sich, wie gerne die Länder an der geschichtlich begründeten Gemeinshaft festhalten wollen, wenn die Wienersozialdemokratische Herrschaft mit ihrer Kurzsichtigkeit und Willkür mit ihrer engherzigen Partei- und Klassenpolitik die Länder gewaltsam abstoßen würde. Mit den Bauern Niederösterreichs fühlen sie sich eines Sinnes, aber das zweideutige Gebaren der fortwährend mit dem Gedanken eines neuen Umsturzes spielenden sozialdemokratischen Herren von Wien macht sie kopfschütteln und entfremdet sie Wien.

Die vormittägige Versammlung fand im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landhauses, die nachmittägige, eine imposante Massenversammlung, zu welcher sich ungefähr 10.000 Bauern eingefunden hatten, in Weigl's Dreherpark statt.

Die erste Kundgebung des Bauerntages richtete sich gegen den Gewaltfrieden.

Staatssekretär Stöckler schilderte seine Rückwirkung auf die innerpolitische Lage Deutschösterreichs. Man will uns Luft und Licht rauben, keinen Platz an der Sonne zum Weiterleben lassen. In dem Friedensentwürfe werden die Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, die jetzigen Nationalstaaten, die mit uns den Krieg gegen die Westmächte begonnen und an unserer Seite zum Teil mit Tapferkeit geführt haben, als kriegsführende Mächte gegen uns erklärt. Das stellt doch alle Tatsachen auf den Kopf. Polen, dem wir bei der Staatengründung Pate gestanden sind, ist auf einmal eine gegen uns kriegsführende Macht geworden. Die wirtschaftlichen Folgen müßten zum vollständigen Ruin Deutschösterreichs führen. Besonders schwer fällt die Bestimmung über die Meistbegünstigung ins Gewicht. Die Begünstigungen, die wir etwa Deutschland einräumen wollten, gingen automatisch auf die Entente und alle mit ihr verbündeten Staaten über, so daß wir, ohne uns schützen zu können, der ganzen Welt ausgeliefert wären. Diese Bestimmung allein schon ist geeignet, unseren Anschluß an Deutschland umzubringen. Sollte dieser Vertrag Wirklichkeit werden, dann würde Deutschösterreich zu einer Kolonie etwa des tschech-slowakischen Staates herabgewürdigt werden. Wir würden aber zunächst in ein solches Chaos geraten, daß in unserem öffentlichen Leben jene Elemente die Oberhand gewinnen würden, die nichts zu verlieren haben, die Ruhe und Ordnung beseitigen wollen, um diktieren zu können. Es stehen uns zweifellos noch unerhörte Opfer an Gut und Blut bevor. Jeder aber, der sein Volk liebt, muß in dieser schweren Zeit auf seinem Posten ausharren. Das bestimmt auch die in der Regierung sitzenden Mitglieder der christlichsozialen Partei, die übernommene Aufgabe durchzuführen. Es ist wahrhaftig keine Liebesheirat, die sie der Regierung festhält. Bloß der eiserne Nuß, die Sorge um die Zukunft unserer Kinder, unseres Volkes zwingt sie, stand zu halten. (Lebhafte Beifall.)

In der Nachmittagsversammlung beleuchtete Unterstaatssekretär Dr. Erwin Waiz die furchtbaren

Folgen des Friedensentwurfes für unsere künftige Produktionsfähigkeit.

Deutschösterreich hätte bei einer Bevölkerungszahl von 10 Millionen und einer Gesamtfläche von 11 1/2 Millionen Hektar an landwirtschaftlichen Produkten folgendes liefern können:

4	Millionen	Meterzentner	Weizen
10	"	"	Roggen
4	"	"	Gerste
7	"	"	Safer
24	"	"	Kartoffeln
11	"	"	Zuckerrüben.

Das nach dem Friedensentwürfe auf 6 Millionen und etwa 7 Millionen Hektar zugeschnittene Deutschösterreich würde produzieren können:

2 1/2	Millionen	Meterzentner	Weizen
5	"	"	Roggen
1 1/2	"	"	Gerste
3 1/2	"	"	Safer
12	"	"	Kartoffel
2	"	"	Zuckerrüben

Durch die geplante Abtrennung niederösterreichischer Gebiete, in welchen der Weinbau sehr entwickelt ist, erleiden wir großen Schaden. Mit der Zuspaltung von S o h e n a u an die Tschechen verlieren wir die größte Rohzuckerfabrik und einzige Raffinade. Die in Niederösterreich gewonnene Zuckerrübe würde keine ausreichende Verwendung finden. Die im Friedensentwürfe vorgesehene Abgrenzung gestaltet die landwirtschaftliche Produktionsfähigkeit derart ungünstig, daß die Existenzmöglichkeit des Staates ausgeschlossen erscheint. Wäre schon nach den bisherigen vorläufigen Abgrenzungen Deutschösterreich nicht in der Lage gewesen, seinen Bedarf an Brotfrucht und Getreide aus der eigenen Produktion zu decken, so würde es in der Zukunft erst recht vom Auslande abhängig sein. Ein Deutschösterreich in der von der Entente zugeschnittenen Form ließe sich auch landwirtschaftlich als selbständiges Staatsgebilde nicht halten.

Landesrat Zwegbacher stellte mit, daß ein Statut geschaffen worden ist, um festzulegen, wie in Zukunft die Wahl der Bauernräte zu erfolgen habe. Diese bilden die Grundlage zum

Reichsbauernrat,

der gestern gegründet worden ist. (Lebhafte Beifall.) Die Wahlen werden jedes Jahr im Dezember stattfinden. Dann besprach Redner das Wirken der Bauernräte in den Gemeinde- und Bezirks-Wirtschaftskommissionen, wo vielfach die Arbeiter- und Soldatenräte gebieterisch und herrschend auftreten und besonders die Bezirksbauernräte einschüchtern. Beiden gegenüber müssen die Bauernräte mit aller Energie ihre Gleichberechtigung zur Geltung bringen und die gleiche Selbstpolitik anwenden, sonst sei ein Weiterarbeiten undenkbar.

Morgen treten, fuhr Redner fort, im Parlament die Arbeiterräte zu einer Beratung zusammen. Dies gibt uns den Anlaß, unsere

Stellungnahme zum Räteystem

klar und offen anzusprechen. Wir Bauern stehen heute Gevahr bei Fuß. Wenn eine Räte-diktatur kommen sollte, sie wird niemals über die Köpfe der Bauern hinweg gemacht werden können. (Stürmischer Beifall.) Die Bauernräte sind diejenigen, die wirkliche produktive Arbeit verrichten. Der Bauer ist der erste und älteste Arbeiter seitdem die Welt besteht. Wir haben also Anspruch darauf, gehört zu werden. Wir werden niemals dulden, daß über uns hinweg eine Diktatur aufgerichtet werde, die natürlich gegen uns wäre. Sollte es dennoch geschehen, so erklären wir heute schon: Wir müssen nicht bei Wien sein! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Bauernbundsdirektor Sturm besprach den weiteren Ausbau der Bauernorganisation, insbesondere nach der wirtschaftlichen Richtung. Der niederösterreichische Bauernbund ist von 77.000 auf 85.000 Mitglieder gestiegen. Der „Bauernbündler“ wird ab 1. November wöchentlich erscheinen. Für das Viertel ober dem Wienerwald wird in St. Pölten, für das Waldviertel in Zwettl eine eigene Kanzlei errichtet werden. Im Reichsbauernrat, der gestern gegründet worden ist, sind die Bauernräte aller Länder Deutschösterreichs vertreten. Auch dieser wird zunächst einmal monatlich eine Zeitung herausgeben.

Abg. Dr. Wagner erörterte die landwirtschaftliche Arbeiterfrage. Die Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter passen nicht in den sozialdemokratischen Magen, sie werden den Herrschaften bald Uebellichkeiten verursachen. (Geisterkeit.) Denn es gibt auf dem Lande keine kühlichere Frage als die der Dienstboten. Sie kann nur unter Aufrechterhaltung des patriarchalischen Verhältnisses zwischen Dienstboten und Bauern einer gedeihlichen Lösung zugeführt werden. Sie gewerkschaftlich lösen zu wollen und den Lohnkampf und die Arbeitsbedingungen der Fabrik in das Bauernhaus zu übertragen, wäre verhängnisvoll. Für die Landwirtschaft gibt es keinen Achtstundentag, im Sommer eher einen Sechsstundentag. Nach eingehender Erörterung der Wohnungsfrage der Dienstboten und Arbeiter, der Zuerkennung einer politischen Vertretung für sie, der Kranken- und Unfallversicherung sowie der Altersversorgung, des Vorschlages eines Kochwanderunterrichtes wie in Bayern, erklärte der Referent, daß die Dienstboten- und Arbeiterorganisation auch in das Räteystem hineingepaßt werden könne und daß sämtliche Landwirte einig und geschlossen auch in der Dienstboten- und Arbeiterfrage alle Schwierigkeiten überwinden und die gegenwärtige rote Hochflut überdauern werden.

In der Debatte wurde die Notwendigkeit des F r u s h u s betont und die Landeswirtschaftskommission erlucht, auf die Beseitigung des S c h l e i c h h a n d e l s mit allen Mitteln zu dringen.

Mit großer Begeisterung wurden in der Nachmittagsversammlung die Begrüßungsansprüche der Delegierten